ANLAGEN

Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen
Eigenbetrieb der Stadt Bitterfeld-Wolfen
Reudener Str. 87
06766 Bitterfeld-Wolfen

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksglei- che Rechte mit Geschäfts-, Be- triebs- und anderen Bauten	11.660.324,45		12.202.989,45
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	2.365.483,00		2.536.044,00
3. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.529.924,25		1.679.027,00
4. Geleistete Anzahlungen und An- lagen im Bau	0,00		1,00
Summe Sachanlagen	15.555.731,70		16.418.061,45
Summe Anlagevermögen	15.555.731,70		16.418.061,45
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Ver- mögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22.268,01		23.051,59
2. Sonstige Vermögensgegen- stände	72.428,14		64.798,56
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	94.696,15		87.850,15
II. Kassenbestand, Bundesbankgüt- haben, Guthaben bei Kreditinsti- tuten und Schecks			
Summe Umlaufvermögen	900.917,02	806.220,87	592.007,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	495,00
SUMME AKTIVA	<u>16.456.648,72</u>		<u>17.098.414,07</u>

Freizeittorrum Bitterfeld-Wolfen
Eigenbetrieb der Stadt Bitterfeld-Wolfen
Raudener Str. 87
06766 Bitterfeld-Wolfen

Bilanz zum 31. Dezember 2009

	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	915.269,45		664.679,45
II. Einlage auf noch nicht beschlossene Kapitalerhöhung*	0,00		250.590,00
III. Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	1.695.571,14		1.695.571,14
IV. Gewinn (Verlust)			
Gewinn des Vorjahres	60.390,26		0,00
Jahresgewinn	96.375,70		60.390,26
Summe Eigenkapital	2.767.606,55		2.671.230,85
B. Sonderposten (Zuschüsse zum Anlagevermögen)	13.390.990,00		14.160.162,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	58.203,00		66.211,00
Summe Rückstellungen	58.203,00		66.211,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		231.196,48	192.877,13
- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in EUR: 231.196,48 (EUR 192.877,13)			
2. Sonstige Verbindlichkeiten		8.652,69	7.933,09
- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr in EUR: 8.652,69 (EUR 7.933,09)			
- davon aus Steuern in EUR: 5.008,98 (EUR 4.940,87)			
Summe Verbindlichkeiten		239.849,17	200.810,22
SUMME PASSIVA		16.456.648,72	17.098.414,07

* beschlossen am 11.11.2009

Freizeittorrum Bitterfeld-Wolfen
 Eigenbetrieb der Stadt Bitterfeld-Wolfen
 Reudener Str. 87
 06766 Bitterfeld-Wolfen

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
1. Umsatzerlöse	759.985,86		758.000,07
2. Sonstige betriebliche Erträge <i>davon Auflösung von Sonderposten</i> EUR 769.172,00 (EUR 761.654,60)	1.975.652,46		1.889.983,22
Summe betriebliche Erträge	2.735.638,32		2.647.983,29
3. Material- und Leistungsaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-72.687,86 -681.060,02		-85.297,57 -651.751,85
Summe Material- und Leistungsaufwand	-753.747,88		-737.049,42
Rohergebnis	1.981.890,44		1.910.933,87
4. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung <i>davon für Altersversorgung EUR: 18.899,58 (EUR 17.582,96)</i>	-533.848,32 -130.351,17		-554.526,37 -120.619,18
Summe Personalaufwand	-664.199,49		-675.145,55
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-873.774,69		-887.652,29
Summe Abschreibungen	-873.774,69		-887.652,29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-350.332,20		-297.329,44
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.072,80		9.864,83
8. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	96.656,86		60.671,42
9. Sonstige Steuern	-281,16		-281,16
10. Jahresgewinn	96.375,70		60.390,26
<u>Nachrichtlich</u> Behandlung des Jahresgewinns auf neue Rechnung vorzutragen	96.375,70		60.390,26

Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen
Eigenbetrieb der Stadt Bitterfeld-Wolfen
Bitterfeld-Wolfen

Anhang 2009

I. Vorbemerkungen

Der Eigenbetrieb „Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen“, dessen Trägerin die Stadt Bitterfeld-Wolfen ist, wurde mit Beschluss vom 06.09.2000 des Stadtrates der Stadt Wolfen (Beschluss-Nr. 134/2000) zum 01.01.2001 gegründet. Bei dem Betrieb handelt es sich um einen Eigenbetrieb im Sinne des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt (Eigenbetriebsgesetz (EigBG) vom 24.03.1997 (GVBl. S. 446)). Nach der am 10.10.2007 vom Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschlossenen Betriebsatzung (Beschluss-Nr. 66-2007) sind Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebs die Errichtung und das Betreiben kommunaler Freizeistätten in der Stadt Bitterfeld-Wolfen, insbesondere das Betreiben des Familien- und Freizeitbades „Wolday“ im Ortsteil Wolfen sowie des Sportbades „Heinz Deininger“ im Ortsteil Bitterfeld.

Gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens für die Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt (NKHR) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts (GVBl. LSA Nr. 9/2009) kann der Eigenbetrieb das Rechnungswesen nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes ausrichten. Die Betriebsleitung hat deshalb nach § 19 EigBG für den Schluss des Wirtschaftsjahres 2009 einen Jahresabschluss entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt, welcher aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang besteht.

II. Erläuterung der Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Für die Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2009 wird auf den beigefügten Anlagenspiegel verwiesen.

Die Zugänge zum Anlagevermögen wurden zu den Anschaffungs- bzw. den Herstellungskosten (ohne Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen) angesetzt. Die für das Familien- und Freizeitbad „Wolday“ von der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen (ABM) geleisteten Zuschüsse zu den Baumaßnahmen wurden nicht von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt, sondern als „Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen“ auf der Passivseite der Bilanz angesetzt.

Die zum 01.01.2008 im Rahmen der Einbringung des Sportbades „Heinz Deininger“ übernommenen Gegenstände des Anlagevermögens wurden mit den Verkehrswerten (Grund und Boden) bzw. den fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten (Bauten und Einrichtungen) angesetzt. Die aufgrund der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Wiederherstellung der vom Hochwasser der Elbe und ihrer Zuflüsse geschädigten Infrastruktur in den Gemeinden und Landkreisen des Landes Sachsen-Anhalt“ vom 24.10.2002 erhaltenen Zuschüsse zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden nicht von diesen abgesetzt, sondern – ebenfalls mit den fortgeschriebenen Beträgen - als „Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen“ auf der Passivseite der Bilanz angesetzt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden auf der Grundlage der voraussichtlichen Nutzungsdauern nach der linearen Methode berechnet. Anschaffungs- oder Herstellungskosten von beweglichen Anlagegütern werden, soweit sie für das einzelne Anlagegut den Betrag von EUR 150,00 nicht übersteigen, im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand abgesetzt. Soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für das einzelne Anlagegut zwar den Betrag von EUR 150,00, nicht aber den Betrag von EUR 1.000,00 übersteigen, erfolgt eine Abschreibung (entsprechend § 6 Abs. 2a EStG) über das Jahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier Folgejahren in gleich hohen Beträgen.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert oder wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 253 Abs. 2 HGB wurden – auch unter Berücksichtigung des passivierten Sonderpostens – nicht für erforderlich gehalten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände mit Forderungscharakter sind zum Nennwert bilanziert. Wertberichtigungen zur Berücksichtigung von Kosten-, Zins- und Ausfallrisiken waren nicht erforderlich.

Eigenkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt EUR 915.269,45. Es wurde im Zusammenhang mit der Einbringung des Sportbades „Heinz Deininger“ in den Eigenbetrieb von EUR 664.679,45 um EUR 250.590,00 erhöht. Die darauf geleisteten Einlagen wurden durch Einbringung der Betriebsgrundstücke erbracht.

Die allgemeinen Rücklagen resultieren aus (weiteren) Einlagen des Aufgabenträgers.

Der Jahresgewinn 2008 in Höhe von EUR 60.390,26 wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 16.12.2009 auf neue Rechnung vorgetragen.

Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen

Ausgewiesen sind zum einen die von der BfA gewährten Zuschüsse zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Familien- und Freizeitbades „Woliday“ im Rahmen so genannter Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen und zum anderen die vom Land Sachsen-Anhalt gewährten Zuschüsse zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Sportbad „Heinz Deininger“ im Rahmen der Hochwasserhilfe. Die Zuschüsse werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, für welche die Zuschüsse gewährt wurden, erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe derjenigen Beträge ausgewiesen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und Vorsicht zur Abgeltung der jeweiligen Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten erforderlich sein werden. Rückstellungen nach § 249 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 HGB wurden nicht gebildet.

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit (EUR 40.394,00), rückständige Urlaubs- und Überstundenausgleichsansprüche (EUR 5.409,00) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und die Erstellung der Steuerklärungen 2009 (EUR 11.400,00).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit Ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind zum Teil durch geschäftsübliche Eigentumsvorbehalte besichert. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte besichert sind, sowie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Haftungsverhältnisse

Verbindlichkeiten aus der Begebung oder Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften oder aus Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten sind nicht zu vermerken.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden aus dem Betrieb des Familien- und Freizeitbades „Woliday“ (EUR 512.641,88) sowie des Sportbades „Heinz Deininger“ (EUR 247.343,98) erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

Die nicht gesondert ausgewiesenen sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit EUR 1.185.000,00 (Vorjahr: EUR 1.097.947,00) von der Stadt Bitterfeld-Wolfen gezahlte Betriebskostenzuschüsse.

III. Organmitglieder

Betriebsleitung

Betriebsleiter ist Herr Heiko Landskron, Dipl.-Ing. (FH) für Instandhaltung, Bitterfeld-Wolfen.

Die Angabe der Bezüge gemäß § 285 Nr. 9 HGB unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Betriebsausschuss

Mitglieder des Betriebsausschusses waren bzw. sind:

- Frau Petra Wust, Oberbürgermeisterin der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Delfef Pasbrig, Dreher, Bitterfeld-Wolfen
- Frau Christel Vogel, Ingenieurin, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Klaus-Ari Gatter, Angestellter, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Dr. Siegfried Horn, Rentner, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Bernd Kosmehl, Optikermeister, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Dieter Krillwitz, Maschinen- und Anlagenmeister, Bitterfeld-Wolfen
- Frau Kerstin Zsikin, pädagogische Mitarbeiterin, Bitterfeld-Wolfen
- Herr Bert Kerekjarto, Fachangestellter für Bäderbetriebe, Holzweißig (bis 8.4.2009)
- Herr Gerald Schumann, Fachangestellter für Bäderbetriebe, Holzweißig (ab 9.4.2009)

Bitterfeld-Wolfen, den 06. Juli 2010

Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen

Eigenbetrieb der Stadt Bitterfeld-Wolfen

Heiko Landskron

Betriebsleiter

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres	Kennzahlen	
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang Umbuchung	Endstand	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Endstand			Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Durchschnittlicher Restbuchwert
	01.01.2009	2009	2009	31.12.2009	01.01.2009	2009	2009	31.12.2009			31.12.2009	01.01.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
1												
<u>Sachanlagen</u>												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	15.134.948,21	0,00	6.794,68	15.128.153,53	2.931.958,76	539.684,00	3.813,68	3.467.829,08	11.660.324,45	12.202.989,45	3,57	77,08
2. Maschinen und maschinellen Anlagen	3.326.483,89	0,00	0,00	3.326.483,89	790.439,89	170.561,00	0,00	961.000,89	2.365.483,00	2.536.044,00	5,13	71,11
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.529.004,66	14.457,69	207,49	2.543.254,66	849.977,66	163.529,69	176,74	1.013.330,61	1.529.924,25	1.679.027,00	6,43	60,16
4. Gleitete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.300,00	0,00	3.300,00	0,00	3.299,00	0,00	3.299,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00
	20.993.736,76	14.457,69	10.302,17	20.997.892,28	4.575.675,31	873.774,69	7.289,42	5.442.160,58	15.555.731,70	16.418.061,45	4,16	74,08

Lagebericht

des kommunalen Eigenbetriebes „Freizeitforum Bitterfeld -Wolken“
gemäß § 10 Eigenbetriebsverordnung (EigVO)

1. Vorbemerkung

Der kommunale Eigenbetrieb „Freizeitforum Wolken“ wurde mit Beschluss- Nr. 134/ 2000 vom 07.09.2000 des Stadtrates der Stadt Wolken zum 01.01.2001 gegründet. Der reguläre Geschäftsbetrieb wurde mit Eröffnung des Familien- und Freizeitbades „Wolday“ im Ortsteil Wolken am 29.04.2001 aufgenommen.

Mit Wirkung zum 01. Juli 2007 haben sich die ehemaligen Städte Bitterfeld und Wolken sowie die ehemaligen Gemeinden Thalheim, Greppin und Wolken auf freiwilliger Basis zur gemeinsamen Stadt Bitterfeld-Wolken zusammengeschlossen. Der Eigenbetrieb „Freizeitforum Wolken“ wurde somit automatisch Sondervermögen der Stadt Bitterfeld-Wolken.

Grundlage des Zusammenschlusses der o.g. Gebietskörperschaften war eine Gebietsänderungsvereinbarung in der u. a. festgeschrieben wurde, dass die im Stadtgebiet vorhandenen Bädereinrichtungen, das Familien- und Freizeitbad „Wolday“ im Ortsteil Wolken und das Sportbad „Heinz Deininger“ im Ortsteil Bitterfeld, perspektivisch als ein gemeinsamer Eigenbetrieb geführt werden sollen.

Die Inkraftsetzung der Satzung dieses gemeinsamen Eigenbetriebes, des „Freizeitforum Bitterfeld-Wolken“, erfolgte durch den Stadtrat Bitterfeld-Wolken in seiner Sitzung am 11. Oktober 2007 mit Beschluss 66-2007. Hierauf basierend nahm der Eigenbetrieb „Freizeitforum Bitterfeld-Wolken“ seine Geschäftstätigkeit zum 01. Januar 2008 auf. Lagebericht und Jahresabschluss 2009 beziehen sich somit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes „Freizeitforum Bitterfeld-Wolken“ mit seinen Betriebsstellen Familien- und Freizeitbad „Wolday“ Wolken und Sportbad „Heinz Deininger“ Bitterfeld.

2. Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und Grundstücksgleichen

Rechte

Das Stammkapital des Eigenbetriebes ist gem. Betriebsatzung mit EUR 664.679 festgesetzt. Die darauf geleisteten Einlagen wurden durch Einbringung der unbebauten Betriebsgrundstücke vollständig erbracht.

Durch Einlage des Betriebsgrundstückes des Sportbad Bitterfeld (Beschluss 304-2009 des Stadtrates Bitterfeld-Wolken vom 11.11.2009) wurde das Stammkapital um EUR 250.590 auf EUR 915.269 erhöht.

3. Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Die zur Verfügung stehenden investiven Mittel wurden im Betriebsjahr 2009 überwiegend für Ersatzinvestitionen sowie zur Anpassung diverser Sicherheitstechnik an gesetzlich erhöhte Sicherheitsstandards eingesetzt.

So wurde z. Bsp. die Sicherheit der Nutzer der Röhrenrutsche durch die Installation einer sensorgesteuerten Ampelanlage nachhaltig erhöht.

Rückwirkend zum 01.01.2008 wurde das Anlagevermögen des Sportbades Bitterfeld zum Restbuchwert 31.12.2007 in das Anlagevermögen des Freizeitforum Bitterfeld-Wolken überführt. (Beschluss 304-2009 des Stadtrates Bitterfeld-Wolken vom 11.11.2009)

Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Anlagevermögen wird auf den beigefügten Anlagenspiegel verwiesen.

In Summe wurden im Betriebsjahr 2009 Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von EUR 873.774 vorgenommen.

4. Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Zur Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen wird auf den Anhang zum Jahresabschluss 2009, Abschnitt II - Erläuterung der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung - verwiesen. Der Jahresgewinn 2008 in Höhe von EUR 60.390,26 wurde gem. Stadtratbeschluss Nr. 357-209 vom 16.12.2009 auf neue Rechnung vorge tragen.

Die Instandsetzungsrücklage per 31.12.2009 beträgt EUR 495.827.

5. Erlöse

Im Betriebsjahr 2009 wurden Umsatzerlöse in Höhe von EUR 759.986 erwirtschaftet, die sich wie folgt zusammensetzen:

* Nutzungsentgelte aus Bad und Saunabetrieb (Wolfen)	EUR	490.760	(+ EUR 2.249)
* Nutzungsentgelte aus Bad und Saunabetrieb (BTF)	EUR	240.306	(+ EUR 4.678)
* Erlöse 19 % USt. (Wolfen)	EUR	8.643	(- EUR 571)
* Erlöse 19 % USt. (BTF)	EUR	7.038	(- EUR 2.419)
* div. Verkauf (Wolfen)	EUR	6.745	(- EUR 1.094)
* Mieterlöse aus Gastronomiebereich	EUR	5.860	(- EUR 558)
* Provisionen (Solarnutzung)	EUR	634	(- EUR 298)

Die sonstigen Erträge in Höhe von EUR 1.209.553 setzen sich zusammen:

* Betriebskostenzuschuss der Stadt Bitterfeld-Wolfen	EUR	1.185.000
* sonstige Erträge	EUR	21.480
* Zinsen und ähnliche Erträge (Wolfen)	EUR	3.073
		(- EUR 6.792)

Die Auflösung von Sonderposten ist in dieser Aufstellung vernachlässigt.

(In Klammern: absolute Veränderung zum Geschäftsjahr 2008)

6. Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden durch das Freizeitorum Bitterfeld-Wolfen Einnahmen (ohne Betriebskostenzuschuss des Aufgabenträgers) in einer Gesamthöhe von EUR 784.539 erzielt. Damit wurden EUR 41.190 Mehreinnahmen gegenüber den Kalkulationsansätzen des Wirtschaftsplanes 2009 erzielt.

Im BT Wolken konnten Mehreinnahmen in Höhe von EUR 23.595, im BT Bitterfeld in Höhe von rund EUR 17.594 erwirtschaftet werden.

Auf der Ausgabenseite wurde der Planansatz in Höhe von EUR 1.816.664 (ohne Abschreibungen) um ca. EUR 48.385 unterschritten. Die Kostenersparungen resultieren überwiegend aus Minderaufwendungen für bezogene Leistungen, insbesondere für den Bezug von Fernwärme: minus EUR 42.434 und Strom: minus EUR 10.890. Gründe hierfür sind in erster Linie der deutliche Einbruch der Rohölpreise im zweiten Halbjahr 2008. Hieraus resultierten 2009 deutlich gesunkene Bezugspreise für Fernwärme, Einsparungen beim Strombezug wurden durch konsequenten Energiesparbetrieb erwirtschaftet.

Allerdings stiegen die Aufwendungen für Instandsetzungsmaßnahmen gegenüber dem Planansatz 2009 um EUR 34.250 auf knapp EUR 125.600. Die erhöhten Aufwendungen resultieren in erster Linie aus dem zunehmenden Verschleiß diverser Anlagen und Bauteile nach nummehr neun Betriebsjahren.

Die Besucherzahlen beliefen sich in Wolfen auf 166.400 Besucher (incl. Schulschwimmer). Im Sportbad Bitterfeld konnten 66.041 zahlende Besucher (incl. Schulschwimmer) registriert werden. Darüber hinaus wurden 15.334 Nutzungen durch den Bitterfelder Schwimmverein gezählt.

Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen, der Auflösung der Sonderposten und der Investitionen beliefen sich im Berichtsjahr 2009 die Gesamtaufwendungen pro Besucher auf EUR 9,24 in Wolfen und EUR 9,50 in Bitterfeld. Bei durchschnittlichen Einnahmen pro Besucher in Höhe von EUR 5,07 in Wolfen und EUR 3,01 in Bitterfeld, wurde im Geschäftsjahr 2009 jeder Besucher im Woliday mit EUR 4,17 durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen bezuschusst, in Bitterfeld betrug der Zuschuss pro Nutzer EUR 6,49.

Eine Vielzahl von Marketing- und Werbeaktivitäten auf ein vergrößertes Einzugsgebiet, ein breites und gut ausgelastetes Kursangebot sowie ein ansprechendes und stabiles Serviceniveau führten im BT Wolfen zu einer weiteren Stammkundenbildung.

Im Sportbad Bitterfeld schlägt sich noch der „Neuhaitseffekt“ sowie eine deutliche Qualitätserhöhung der Gesamtanlage gegenüber der ehemaligen Schwimmhalle in den Besucherzahlen nieder.

Perspektivisch sind nach Einschätzung der Betriebsleitung primär weiterhin folgende Schwerpunkte im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen zu beachten:

- * Beim Demografieindex, ein Sammelindikator, der die Altersstruktur der Bevölkerung - zum Beispiel das Zahlenverhältnis zwischen Jung und Alt - wiedergibt, erreicht der Landkreis Anhalt-Bitterfeld einen Indexwert von 50,7 Punkten. Dieser Indexwert bedeutet bundesweit Platz 407 von 409 im Regionalranking unter suchten Kreisen und kreisfreien Städten bundesweit. (Quelle: www.insm-regionalranking.de)
- * Statistisch verfügt jeder Einwohner im Kreis Anhalt-Bitterfeld über eine Kaufkraft von EUR 15.089. Bezogen auf einen bundesweiten Mittelwert in Höhe von EUR 18.541 bedeutet dies ein regionales Kaufkraftdefizit in Höhe von EUR 3.452 gegenüber dem Bundesdurchschnitt. (Quelle: www.insm-regionalranking.de)
- * Gegenüber 2008 ging die Einwohnerzahl in der Stadt Bitterfeld-Wolfen, trotz Eingliederung der Gemeinde Bobbau zum 01.09.2009, erneut um 2,2 % oder absolut um 1.025 Einwohner zurück. Am Jahresende 2009 lebten 45.460 Einwohner in der Stadt Bitterfeld-Wolfen.
Somit konnte auch im Jahr 2009 der Negativtrend der Bevölkerungsentwicklung weder gestoppt noch umgekehrt werden. Seit dem Jahr 2000 hat die gemeinsame Stadt Bitterfeld-Wolfen exakt 9.595 Einwohner verloren.
Im Ergebnis des sich seit Jahren vollziehenden demographischen Wandels sind 27,5 % der Einwohner der Stadt Bitterfeld-Wolfen 65 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter aller Einwohner liegt bei ca. 47 Jahren.
Die Anzahl der Geburten war im Jahr 2009 mit 313 Geburten gegenüber dem Vorjahr (279 Geburten) leicht ansteigend.
(Quelle: Statistischer Jahresbericht 2009)

Um das Bäderangebot in der Stadt Bitterfeld-Wolfen mittel- und langfristig aufrecht erhalten zu können, ist die Entwicklung bedarfsbezogener, auf den Standort abgestimmter innovativer Konzepte erforderlich. Vor allem die demografische Entwicklung im Einzugsgebiet beider Bäder zwingt besondere Angebote für ältere Generationen zu schaffen.

Speziell bedeutet dies die Schaffung von Angeboten im Bereich Fitness und Gesundheitspräventionen, aber auch eine deutliche Verbreiterung der Wellnessangebote. Auch Erfordernisse und Möglichkeiten der Erweiterung und vor allem Attraktivitätssteigerung der Saunabereiche ist in diesem Zusammenhang zu untersuchen.

Dies bedeutet allerdings auch, dass neben konzeptionellen Ansätzen perspektivisch auch Investitionen, gegebenenfalls auch bauliche Erweiterungen zu prüfen und einzuplanen sind.

Obwohl sich die Trends der global gehandelten Primärenergieträger Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran infolge der Wirtschaftskrise und Finanzkrise im Betriebsjahr 2009 auf einem, gegenüber 2008 deutlich niedrigerem Niveau stabilisiert haben, ist mit dem Anziehen der weltweiten Konjunktur auch wieder mit steigenden Energiepreisen zu rechnen. Bereits jetzt zeichnet sich eine Ölpreisentwicklung ab, die erste Anzeichen erkennen lässt, dass die Endenergieträger Strom und Fernwärme zukünftig wieder kapitalintensiver werden und mit deutlichen Preissteigerungen zu rechnen ist.

Im Betriebsjahr 2009 betrug der Kostenanteil für Strom- und Fernwärmlieferungen mit EUR 490.601 bereits fast ein Drittel (27,74 %) der Gesamtbetriebsaufwendungen (hier ohne Berücksichtigung der Abschreibungen). Perspektivisch werden zwangsläufig auch Investitionen in energieeffizientere Verfahren und Anlagen erforderlich sein.

Erste Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für eine (Grundlast-) Wärmeversorgung des Betriebes Wölfen mittels einer BHKW-Lösung kommen zu dem Ergebnis, dass mit dieser Variante eine nicht unerhebliche Einsparungen an Wärmekosten möglich ist. Realisierungsaufwand nach ersten Kostenschätzungen ca. EUR 173.000.

Weder die derzeitige Finanzausstattung des Eigenbetriebes, noch die finanziellen Spielräume des Aufgabenträgers, der Stadt Bitterfeld-Wolfen, werden jedoch in absehbarer Zeit Investitionen in den erforderlichen Größenordnungen ermöglichen können.

Insofern wird es erforderlich sein, nach alternativen Finanzierungen bzw. strategischen Partnern zu suchen. Auch die Prüfung alternativer gesellschaftsrechtlicher Betriebsstrukturen mit dem Ziel, bestehende Finanzierungspotentiale durch steuerliche Nutzung der Bäderverluste mit Hilfe der Herstellung eines steuerlichen Querverbundes zu nutzen, muss Bestandteil der Zukunftssicherung sein. Hierzu wurden bereits erste Untersuchungen eingeleitet.

Schwerwiegende Bade- und Arbeitsunfälle waren 2009 nicht zu verzeichnen. Havarien und außergewöhnliche Störungen an den technischen Anlagen traten ebenfalls nicht auf.

Zurzeit werden keine Risiken gesehen, die den Bestand des Eigenbetriebes gefährden oder wesentlich beeinträchtigen.

7. Personalaufwand

Im Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2009 waren 17 Angestellte und 1 Beamter beim Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen beschäftigt:

im Betriebsteil Wölfen

- * 1 Betriebsleiter Gesamtbetrieb,
- * 1 MA Betriebsorganisation,
- * 1 kaufmännische Mitarbeiterin,
- * 1 Techniker,
- * 5 Fachangestellte für Bäderbetriebe, (1 Fachangestellter ATZ, ab 08./09 Ruhephase)
- * 1 Azubi zum Fachangestellten für Bäderbetriebe (ab 16.07.2009 Mutterschutz, ab 08./10.2009 Elternzeit),

im Betriebsstell Bitterfeld

- * 1 stellv. Betriebsleiter Gesamtbetrieb (verbeamtet),
- * 1 Geprüfter Meister für Bäderbetriebe,
- * 4 Fachangestellte für Bäderbetriebe,
- * 1 Techniker,
- * 1 MA Reinigung (ATZ, ab 07/09 Ruhephase)

Die tatsächliche, im Betriebsjahr 2009 ausgezahlte Bruttolohnsumme betrug in Summe EUR 664.199 und setzt sich wie folgt zusammen:

* Löhne und Gehälter	EUR 533.848
* soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung u. für Unterstützung	EUR 130.351
- davon für gesetzliche Sozialaufwendungen	EUR 109.952
- davon für Altersversorgung	EUR 18.998
- davon SV-Beiträge für ATZ	EUR 1.401

Bitterfeld-Wolfen, den 27. Oktober 2010

Heiko Landskron
Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen
Betriebsleiter

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGRG

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: *Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge*

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Auf der Grundlage des § 4 (2) der Betriebsatzung für den Eigenbetrieb „Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen“ regelt die Geschäftsordnung die Verantwortlichkeiten, Befugnisse und Aufgabenverteilung innerhalb der Betriebsleitung des Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen. Unserer Auffassung nach entsprechen die Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?
Es fanden 5 reguläre Sitzungen statt. Protokolle hierzu wurden erstellt und lagen vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer ist in keinem weiteren Aufsichtsrat und anderen Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Von den größtenabhängigen Erleichterungen gemäß § 288 HGB wurde Gebrauch gemacht, der Ausweis der Gesamtbezüge des Geschäftsführers im Anhang ist unterblieben.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: *Aufbau- und ablaufforganisatorische Grundlagen*

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ja. Dieser Plan wird nach unseren Feststellungen eingehalten und regelmäßig überprüft.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?
Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.
- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?
Eine Dokumentation zur Korruptionsprävention gibt es aufgrund der Größe des Unternehmens und der damit verbundenen Übersichtlichkeit nicht.
- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?
Die Geschäftsordnung für die Betriebsleitung des kommunalen Eigenbetriebes „Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen“ regelt wesentliche Entscheidungsprozesse bzw. Aufgabenbereiche.
- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?
Eine entsprechende Dokumentation liegt vor.

Fragenkreis 3: *Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling*

- a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?
Das Planungswesen entspricht nach unseren Feststellungen den Erfordernissen der Gesellschaft.
- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?
Eine entsprechende Analyse findet statt.
- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?
Das Rechnungswesen ist nach der Größe und den Anforderungen des Unternehmens angemessen ausgestaltet.
- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?
Ja. Eine Kreditüberwachung besteht nicht, da keine Kredite aufgenommen werden dürfen.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?
Ein zentrales Cash-Management ist aufgrund der Größe des Unternehmens nicht notwendig.
- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?
Ja bzw. entfällt.
- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?
Ein Controlling besteht nicht. Es ist aufgrund des Betriebszwecks und –größe nicht notwendig.
- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?
Nicht relevant.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?
Ja. Die permanente Betriebskostenkontrollrechnung ist geeignet, Risiken rechtzeitig zu erkennen.
- a) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?
Die Maßnahmen reichen aus und sind geeignet, diesen Zweck zu erfüllen.
- b) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?
Maßnahmen werden z.B. durch Sitzungsniederschriften des Betriebsausschusses dokumentiert..
- c) Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?
Eine kontinuierliche und systematische Abstimmung und Anpassung an die aktuellen Geschäftsprozesse erfolgt regelmäßig. In Sitzungen des Betriebsausschusses und den Betriebsberatungen werden Frühwarnsignale und Maßnahmen abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5: *Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate*

Insgesamt nicht relevant.

- a) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzerngeschäftsleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Fragenkreis 6: *Interne Revision*

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzerrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bitterfeld-Wolfen ist für Revisionen zuständig.

- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Die Gefahr eines Interessenkonflikts besteht nicht.

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Prüfungsschwerpunkt der internen Revision waren die Kassenvorgänge. Am 30.04.2009 fand eine unvermutete Kassenprüfung statt. Auf den Prüfbericht über die unvermutete Kassenprüfung im Freizeitforum, Betriebszweig „Wollday“ vom 13.05.2009 wird verwiesen.

- d) Hat die Interne Revision Ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Nein.

- e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Grundsätzlich waren keine Beanstandungen zu erheben. Es wird auf den Prüfbericht über die unvermutete Kassenprüfung im Freizeitforum, Betriebszweig „Wollday“ vom 13.05.2009, Punkt 4. „Schlussbemerkungen“ verwiesen.

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Gemäß Festlegung vom 11.05.2005 wird die Stadt Bitterfeld-Wolfen bzw. das Rechnungsprüfungsamt mit den halbjährlichen Berichterstattungen der Betriebsleitung über die Kassentführung informiert. Die Betriebsleitung hat regelmäßige Kassenprüfungen vorzunehmen. Diese Berichterstattungen werden durch das Rechnungsprüfungsamt bei unvermuteten Kassenprüfungen kontrolliert.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: *Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans*

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

In der Geschäftsordnung sind die zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte und Maßnahmen aufgeführt. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass die vorherige Zustimmung nicht eingeholt wurde.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?
Kreditgewährungen an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans liegen nicht vor.
- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?
Derartige Maßnahmen liegen nach unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen nicht vor.
- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?
Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?
Ja, die geplanten Investitionsvorhaben werden im Wirtschaftsfplan festgehalten bzw. werden besondere Kosten/Nutzenanalysen aufgestellt.
- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?
Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.
- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?
Ja.
- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?
Es wurden keine Überschreitungen festgestellt.
- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, das Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?
Derartige Verträge existieren nicht.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?
Es haben sich keine Verstöße gegen Vergaberegulungen ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?
Ja, mit Ausnahme der Belieferung von Wasser und Wärme durch die Stadtwerke Wolfen GmbH für den Betriebsteil Wolfen. Dies ist gem. KNSA 543 2000 vom 06.11.2000 bei so genannten In-House-Geschäften möglich. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen übt über ihre Beteiligung von mehr als 50% eine beherrschende Kontrolle über die Stadtwerke Wolfen GmbH aus. In Bitterfeld liegt die Konzession zur Versorgung mit Wasser bei der Midewa, Wärme wird durch die Bitterfelder Fernwärme GmbH geliefert.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?
Ja. Der Betriebsausschuss erhält regelmäßig ausführliche Darstellungen über die Entwicklung der Bäder.
- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?
Ja, die eingereichten Ergebnispläne sind sehr gut aufgegliedert in die verschiedenen Einnahme- und Ausgabepositionen.
- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?
Ja, insbesondere wurde zur Ergebnis- und Umsatzentwicklung laufend dem Überwachungsorgan berichtet.
- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?
Überwiegend wurde zu den o.g. Themen der Ergebnis- und Umsatzentwicklung berichtet.
- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?
Derartige Anhaltspunkte einer unzureichenden Berichterstattung ergaben sich nicht.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurdten Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?
- Die Versicherungsangelegenheiten obliegen der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Über den kommunalen Schadensausgleich werden derartige Risiken abgedeckt.**
- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte wurden nicht bekannt.

IV. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?
Nicht betriebsnotwendiges Vermögen liegt nach unseren Feststellungen nicht vor.
- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?
Nein.
- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?
Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?
Es besteht eine Überdeckung des langfristigen Vermögens durch Eigenkapital. Investitionsverpflichtungen gibt es nicht.
- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?
Es besteht kein Konzernverbund.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Für das Geschäftsjahr 2008 erhielt das Unternehmen einen Betriebskostenzuschuss von EUR 1.185.000,00 durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen .

Aus den Prüfungshandlungen haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: *Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung*

Insgesamt nicht relevant.

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?
- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

V. Ertragslage

Fragenkreis 14: *Rentabilität/Wirtschaftlichkeit*

Insgesamt nicht relevant.

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

* Nutzungsentgelte aus Bad und Saurabetrieb (Wolfen)	EUR	490.760	(64,57 %)
* Nutzungsentgelte aus Bad und Saurabetrieb (BTF)	EUR	240.306	(31,62 %)
* Erlöse 19 % USt. (Wolfen)	EUR	8.643	(1,14 %)
* Erlöse 19 % USt. (BTF)	EUR	7.038	(0,93 %)
* div. Verkauf (Wolfen)	EUR	6.745	(0,89 %)
* Mieterlöse aus Gastronomiebereich	EUR	5.860	(0,77 %)
* Provisionen (Solarinnutzung)	EUR	634	(0,08 %)

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Einmalige Vorgänge sind im Jahresergebnis nicht enthalten.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Ja - insbesondere das Schulschwimmen wird zu den allgemein üblichen Konditionen abgerechnet. Der Bitterfelder Schwimmverein 1990 e.V. erhält besondere Konditionen für die Nutzung des Sportbades in Bitterfeld. Auf die Beschlussfassungen des Betriebsausschusses wird verwiesen.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

Insgesamt nicht relevant.

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?
- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Fragenkreis 16: Jahresfehlbetrag und seine Ursachen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss erzielt.

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die Aktivitäten im Marketingbereich wurden auf ein größeres Einzugsgebiet ausgedehnt, eine Erweiterung der Kursangebote sowie weitere Verbesserungen der Serviceleistungen führten in der Summe zu einer deutlich gesteigerten Stammkundenbindung.

Weitere Maßnahmen sind zur Verbesserung der Ertragslage unausweichlich. Anstrengungen werden hierzu durch die Betriebsleitung unternommen, insbesondere Vermarktung von Werbeflächen und die quantitative und qualitative Erweiterung von Kursangeboten, speziell im Bereich der Gesundheitsprävention bzw. Wellness, sowie im Servicebereich.

Die Kosteneinsparungen für Strom und Fernwärme sind auf Grund gesunkener Bezugspreise (Einbruch der Rohölpreise im zweiten Halbjahr 2008) zu verzeichnen. Mit dem Ansteigen der Energiepreise ist zu rechnen. Aus ersten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen lassen sich Einsparungen in der Wärmerversorgung mittels einer BHKW-Lösung erzielen. Die Investition ist aus finanzieller Sicht nicht möglich. Es wird erforderlich sein, nach alternativen Finanzierungen bzw. strategischen Partnern zu suchen.

Allgemeine Auftragsbedingungen

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

für

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüferin oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend "Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungsmaßnahmen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, dass alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, dass die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten hatet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nachbesserung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nachbesserung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nachbesserung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit; Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fehlerhaft verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten nacheinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünftfache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigten von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprägten und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruf der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausterkungen. Weitere Austerkungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.
- (3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
 - a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögenssteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorliegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
 - b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
 - c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
 - d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
 - e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.
- (5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögenssteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für
 - a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
 - b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgewalt sowie in Strafverfahren und
 - c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveränderung, Liquidation und dergleichen.

- (6) Sowie auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchhalteriger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden Umsatzsteuerrechtlichen Vorgangsfolgen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erassung der Unterlagen zur Geldermächtigung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

- (2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

- (3) Der Wirtschaftsprüfer ist beauftragt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer übernommenen Leistung in Verzug oder umfasst der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer vom dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber hatten als Gesamtschuldner.

- (2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtlich festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel sieben Jahre auf.

- (2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Schrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.